

## Liebe Genossinnen und Genossen,

und wieder geht ein Jahr dem Ende entgegen. Das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel stehen vor der Tür und wir stellen mal wieder die Frage, was hat uns das ablaufende Jahr gebracht? Jede und jeder wird da eventuell zu einem anderen Urteil kommen. Zu welchem Urteil kommen die SPD im Allgemeinen und die SPD-Ostholstein im Besonderen? Diese Ausgabe des



Ostholsteinbriefs soll euch die Sichtweisen unserer Verantwortlichen Politikerinnen und Politiker geben. Ich habe alle in Verantwortung stehenden Genossinnen und Genossen

gebeten, einen Jahresrückblick aus ihrer/seiner Sicht zu verfassen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die sich im ablaufenden Jahr für die SPD, für unsere sozialdemokratischen Grundwerte an den unterschiedlichsten Stellen eingesetzt haben. Ob es in der Partei auf Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindeebene war, in den Vorständen und Arbeitsgemeinschaften, oder in den jeweiligen Fraktionen. Ob es bei Vereinen, Verbänden und Stiftungen oder einfach in der Nachbarschaft war. Ihr verdient alle Dank und Anerkennung für eure Leistung. In diesem Jahr hat unsere Genossin Bärbel Seehusen stellvertretend für alle Handelnden die Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel dafür erhalten.

Persönlich danke ich allen, die mir geholfen haben, die Arbeit im Kreisverband zu organisieren und durchzuführen. Es ist immer eine Teamarbeit, die ohne

jeden einzelnen nicht zu bewältigen ist. Den Jahresrückblick des Kreisvorstands lest ihr in dieser Ausgabe. Wir haben nicht alle unsere Vorstellungen umsetzen können. Dafür habt bitte Verständnis. Doch gemeinsam erreichen wir auch die Ziele, die wir zunächst zurückstellen mussten. Im kommenden Jahr werden wir unseren ordentlichen Kreisparteitag haben. Der komplette Vorstand steht zur Neuwahl an. Ich werde wieder für das Amt des Kreisvorsitzenden kandidieren und werbe für eure Unterstützung.

Ich wünsche euch ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. ■

Rote Grüße

Kreisvorsitzender

## Unter neuen Vorzeichen

Als Europapolitikerin eine erste Bilanz des Jahres 2010 zu ziehen, bedeutet zurückzublicken auf einen Arbeitszeitraum, der durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages unter völlig neuen Vorzeichen stand. Der neue Grundlagenvertrag hat den Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments besiegelt: Mit entsprechendem Selbstbewusstsein ging das EP zu Beginn des Jahres in die Anhörung der neuen Kommissare und auch der Rat hat in den vergangenen Monaten des Öfteren merken müssen, dass das Parlament die gestiegene Verantwortung gerne annimmt. Vieles von dem, was an ersten Schritten hin zu einer sinnvolleren Gestaltung der Finanzmärkte in der letzten Zeit gemacht worden ist, wäre sicher ohne die Hartnäckigkeit des Parlaments nicht erfolgt.

Dass das so genannte Mitentscheidungsverfahren nun der Regelfall ist, hat auch meine tägliche Arbeit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Fischereiausschuss verändert. Das EP ist in beiden Bereichen, die

ja besonders mit schleswig-holsteinischen Interessen verknüpft sind, nun gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union.

Als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und ländliche Räume und als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion bin ich so unmittelbar mit den in beiden Bereichen anstehenden Reformen befasst: Mit 56 Milliarden Euro im Jahr macht die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik rund 40 Prozent des EU-Haushalts aus. Doch die bisherige Regelung, wie diese Mittel verteilt werden, läuft 2013 aus. Es geht also um viel Geld, auch für Schleswig-Holsteins Landwirte. Entsprechend heiß wird die Diskussion um die anstehende Reform derzeit geführt.

Den meisten Beteiligten scheint inzwischen klar geworden zu sein, dass ein leicht angepasster Status quo nicht reichen wird, um 500 Millionen Europäer mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Produkten zur versorgen, ohne dabei die Interessen des Klimaschutzes und der Bi-

odiversität außen vor zu lassen. Bei der anstehenden Reform ist mir wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Er-

zeugung von gesellschaftlichem Nutzen entlohnt werden: Eine Ausrichtung der Zahlungen an erbrachten Leistungen – etwa dem Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser



und Boden – ist meiner Ansicht nach der einzig gangbare Weg. Denn: Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass hier Mehrwert für die Allgemeinheit entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, lässt sich die nötige Akzeptanz für die gemeinsame Agrarpolitik erreichen. Ein freiwilliges Vertragssystem, bei dem die Höhe der

Mittel an das Erfüllen festgelegter Standards gekoppelt ist, ist hier sicher die beste Lösung: Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben ein entsprechendes Modell vorgestellt und die Vorstellungen der Kommission scheinen in eine ähnliche Richtung zu gehen.

Auch die Fischereipolitik ist mitten

in der Reformdebatte: Hier gilt es wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Überfischung durchzusetzen und die in vielen Mitgliedsstaaten der EU immer noch vorhandenen Überkapazitäten der Fischereiflotten zu reduzieren. Gezielt gefördert werden sollte zukünftig die kleine Küstenfischerei und nicht die großen Trawler. Viel zu tun also

auch noch für die nächsten Jahre: Meine Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament und ich haben hier auch für 2011 noch eine große Fülle an Gestaltungschancen. ■

Ulrike Rodust

Mitglied des Europäischen Parlaments

## Jahresrückblick der SPD Kreistagsfraktion 2010

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, die Arbeit der SPD Kreistagsfraktion war im Jahre 2010 erfolgreich.

Die Fraktion hat im Kreis Ostholstein die politischen Akzente gesetzt und war in allen Sach- und Fachbereichen der politische Taktgeber im Kreistag von Ostholstein. Sie ist die politisch treibende und gestaltende Kraft im Kreis.

Da Kreise, Städte und Gemeinden ständig von Bund und Land neue Aufgaben übertragen bekommen, haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommunalpolitische Arbeit weiter verschärft. Gleichzeitig wird den Kreisen von Bund und Land ständig tiefer in die Tasche gegriffen und damit die finanzielle Basis genommen, zuletzt durch die Steuergeschenke von CDU und FDP für die Hotellerie.

Eine nachhaltige Haushaltssanierung ist für die Kreise, Städte und Gemeinden aus eigener Kraft nicht mehr möglich.

Der bürgerliche Block im Kreistag aus CDU und FDP hat sich auch 2010 dadurch ausgezeichnet, dass er dem Haushalts- und Stellenplan 2011 der Verwaltung zugestimmt hat, ohne sich mit eigenen Gestaltungsanträgen an der politischen Diskussion zu beteiligen. Er setzt nur auf Haushaltskonsolidierung und bringt sich erst wieder ein, wenn der Kreis schuldenfrei ist. Die CDU und FDP haben den Haushaltsentwurf 2011 der Verwaltung erst dann auf ihrer Klausursitzung bearbeitet, als fast die gesamten Fachausschüsse zum Haushalt schon getagt hatten.

Daraus ist zu schließen, dass sie ohne Vorbereitung in die Fachausschüsse gegangen sind.

Im kommenden Jahr, dieses ist besonders erwähnenswert, wird die Haushaltsklausur von dem „schwarz-gelben Block“ gemeinsam durchgeführt.

Die Politik der SPD-Fraktion ist ausgerichtet auf konsolidieren, gestalten und

investieren, sie darf sich nicht nur auf Schuldentilgen reduzieren.

In diesem Jahr sind in der Fraktion folgende personelle Veränderungen eingetreten. Dr. Karlfriedrich Berg aus Scharbeutz, auch Charlie genannt, war von 1992-2003 Kreispräsident und von 2003-2008 stv. Kreispräsident. Er war 24 Jahre Kreistagsabgeordneter und hat zur Hälfte dieser Wahlperiode aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niedergelegt. Nach unserer SPD Liste rückte das bisherige bürgerliche Mitglied Britta Petermann als Kreistagsabgeordnete nach, da Monika Rübenkamp verzichtet hat. Für Britta rückte Wolfgang Unger als bürgerliches Mitglied nach.

Bärbel Seehusen ist mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel geehrt worden.

Zur Erinnerung, der Kreistag hat in dieser Wahlperiode 65 Sitze, davon hat die CDU 28, SPD 17, FDP 7, Grüne 5, Wählergemeinschaft 5, Linke 3 Sitze.

Der Kreis Ostholstein wird vom „bürgerlichen Block CDU/FDP regiert,“ wie in Kiel und Berlin. Dieser „Bürger-Block“ bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger gravierende Einschnitte und Kürzungen in den sozialen Bereichen und in den freiwilligen Ausgaben. Der Block hat aber Steuergeschenke für die renditeorientierten Krankenhäuser im Kreis Ostholstein von über 600 TSD € und zusätzliche 30 TSD € für die insolventen Eutiner Festspiele verteilt.

Die Grundlage für unsere politische Arbeit ist unser sozial-gerechtes Wahlprogramm von 2008.

Die SPD Fraktion hat in diesem Jahr folgende Anträge zum Haushalt 2011 und Stellenplan eingebracht:

1. Kreisfond für Verhütung
2. Schuldnerberatung
3. Suchtberatung
4. Schaffung einer Stelle für die schulpyschologische Beratung
5. Antrag zur ARGE/Jobcenter-der jetzige

Geschäftsführer soll die erfolgreiche Arbeit fortführen

6. Resolution zum Schleswig-Holsteinischen Schulgesetz: Hände weg vom Schulgesetz.

Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausursitzung den Antrag gestellt, dass die Kreisbibliothek zum 1.1.2012 an die Stadt Eutin abgegeben werden soll, denn dadurch wird der Kreis mit insgesamt 220.000 TSD € entlastet, so wie es der Landesrechnungshof in seinem Bericht mitgeteilt hat. Denn grundsätzlich liegt die Trägerschaft für

öffentliche Büchereien bei den Städten und Gemeinden. Weiterhin hat der Landesrechnungshof die hohe Anzahl der Bauingenieure in der Kreisverwaltung kritisiert. Dazu hat die



Fraktion einen Antrag eingebracht, damit diese Stellen mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallen) versehen werden. Alle Kreistagsfraktionen haben sich im Kreistag darauf verständigt, den Bericht des Landesrechnungshofes entsprechend zu würdigen und auf einer Sitzung des Finanzausschusses zu diskutieren und zu bewerten. Deshalb hat die Fraktion ihre zwei Anträge dazu zurückgestellt. Der Landesrechnungshof hat sich auch klar und eindeutig zu den freiwilligen Ausgaben des Kreises geäußert, danach lebe der Kreis nicht nur von Pflichtaufgaben. Einige freiwillige Ausgaben seien sinnvoll und wichtig für die wirtschaftliche Bedeutung.

In den Fachausschüssen sind alle Anträge der SPD abgelehnt worden. Nach mehrfacher Beantragung in den letzten Haushaltsjahren ist die Verwaltung dem

Antrag der SPD gefolgt, im Stellenplan eine Stelle für einen Systemadministrator für die IT-Netzbetreuung einzurichten.

Die Anträge der SPD zum Haushalt 2011 sind nur ein kleiner „finanzieller Krümmel“, wenn man sich die Gesamthaushaltstorte ansieht. Dieser Krümmel würde sich nach einiger Zeit zu einer Rendite-Torte entwickeln.



Die SPD Kreistagsfraktion hat dem Gesamthaushalt 2011 nicht zugestimmt. Die Fraktion hat sich nicht in die politische Schmollecke zurückgezogen, sondern die Oppositionsrolle voll ausgefüllt. Dieses zeigt sich dadurch, dass sie sich zu allen politisch aktuellen Themen positioniert hat z. B.:

- Die SPD-Fraktion hat sich klar gegen die Kündigung des Landesrahmenvertrages ausgesprochen, mit der die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zwischen Kommunen, Land und Wohlfahrtsverbänden durch den Landkreistag geregelt wird.
- Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 mit auf die Tagesordnung setzen lassen.
- Den Tagesordnungspunkt für den Fachausschuss: Regionale Zusammenarbeit an der Entwicklungsachse A1, aufnehmen lassen.
- Die Anfrage an den Landrat: Warum hat es in Oldenburg an der Gemeinschaftsschule Zurückweisungen von SchülerInnen gegeben?
- SPD-Resolutionen zum Sparkassengesetz, zur Tourismusförderung, zum Rettungsschirm für die Kommunen, für den Erhalt der Universität Lübeck.
- Keine CO2 Speicherung in Ostholstein.
- Ablehnung der Festen Beltquerung.
- Müllheizkraftwerk Neustadt: Antrag der SPD-den Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.1.2008 zur Errichtung einer zweiten Verfahrenslinie für das MHKW Neustadt aufzuheben.
- Antrag der SPD für die Sondersitzung zum Thema: ÖPNV Leistungen im Kreis Ostholstein.

- Kreis Ostholstein, ein (Modell)-Kreis für regenerative Energie.
- Regionales Bildungszentrum RBZ: Einrichtung bleibt schulpolitisches Ziel der SPD-Fraktion.
- 110KV-Erdkabel im Kreis Ostholstein.
- Energieversorgung in kommunaler Hand.
- Neue Abfallgebührensatzung: rechtssicher, sozial-gerecht, transparent.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Arbeit der ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten in der Fraktion ist gekennzeichnet durch die politische Arbeit vor Ort, d.h. nah bei den Menschen. Die Fraktion geht regelmäßig in Klausur und die Teilfraktionen bereisen den Kreis. Durch die sehr enge Vernetzung, Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand, Fraktionen und Ortsvereinen vor Ort, MdLs und MdB und den drei Arbeitsgebieten Nord, Mitte und Süd sind wir im Kreis für die kommenden Wahlen sehr gut aufgestellt und schlagkräftig.

Die SPD-Kreistagsfraktion bedankt sich bei der Kreisverwaltung für die rechtzeitige Zustellung des Haushaltsentwurfes 2011 zur terminierten Klausursitzung der SPD-Fraktion, für die sehr ausführlichen Sitzungsunterlagen und für die gute Zusammenarbeit.

Ich möchte mich auch im Namen der Fraktion bei der Presse bedanken, die uns positiv begleitet hat.

Als Fraktionsvorsitzender möchte ich jetzt einen kurzen politischen Ausblick auf die Herausforderungen im Jahr 2011 auf-führen:

### 1. Schülerbeförderungskosten

Keine Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten. Nein zur weiteren Belastung der Eltern. Nein zu einer weiteren finanziellen Hürde im Bildungssystem. Finger weg von den Schülerbeförderungskosten. Bildung muss für alle kostenfrei bleiben.

### 2. Rekommunalisierung der Netze

Die Chancen dafür stehen gut, weil die Konzessionsverträge auslaufen. Städte und Kommunen haben jetzt die Möglichkeit ihre Energieversorgung verbraucher-nah und dezentral zu gestalten. Mit einer Rekommunalisierung durch die Gründung von kommunalen Versorgungsunternehmen kann dieses erreicht werden. Wenn etwas energiepolitisch bewegt werden soll, muss die „Macht“ der vier Großen, die auf Atom- und Kohlekraftwerke setzen und

den Ausbau der regenerativen und dezentraler Energie behindern, aufgebrochen werden.

### 3. Öffentlicher Personennahverkehr

Die Fraktion wird weiterhin sehr kritisch und aufmerksam den Busverkehr (ÖPNV) begleiten. Sollte nach dem 1.1.2011 wieder eine Welle des Protestes zum Thema ÖPNV entstehen, wird die Fraktion eine Sondersitzung des Kreistages einberufen.

### 4. Eutiner Festspiele

Die Diskussion um die Fortsetzung der Eutiner Festspiele wird von der Fraktion sehr kritisch beobachtet. Von der Verwaltung sind im Haushalte 2011 30.000€ eingestellt. Diese Summe kann auch für andere Zwecke ausgegeben werden. Die SPD-Fraktion hofft, dass sich die Verantwortlichen von den alten Programmzöpfen verabschieden und sich dem Neuen öffnen.

### 5. Verwaltungsstrukturreform

Die jetzige Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird vorzeitig beendet werden und nach der Wahl (2011/2012?) ein Regierungswechsel in Kiel erfolgen. Deshalb muss sich die SPD Fraktion mit den Verwaltungsstrukturen beschäftigen. Die Struktur der Verwaltungen in Schleswg-Holstein sowie die Aufgabenverteilung auf der Ebene des Landes und auf kommunaler Ebene muss überarbeitet werden, damit Verwaltungsleistungen effektiv, effizient und bürger-nah erbracht werden. Die Bildung von größeren Verwaltungseinheiten ist Voraussetzung dafür, dass bisherige Landesaufgaben auf die kommunale Ebene verlagert werden können. Des Weiteren ermöglicht dies auch die Verlagerung innerhalb der kommunalen Ebene, z. B. von Kreisen auf Ämter. Mit einer Reform, bei der Kreis- und Amtsebene fusionieren, würden Verwaltungsverfahren gestrafft, Zuständigkeiten effektiv neu geordnet und schlankere Strukturen geschaffen werden

Als Fraktionsvorsitzender möchte ich mich besonders bei der Fraktion für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Wir haben gemeinsam sehr viel erreicht. Weiter so!

Ich wünsche allen eine weiße Adventszeit, eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2011. ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## Ein Rückblick aus Sicht des Landtages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nur noch ein paar Tage, dann ist Weihnachten und das Jahr 2010 neigt sich seinem Ende zu.

Zeit für Euch wie für mich, das Jahr 2010 Revue passieren zu lassen – privat, beruflich und politisch.

Dieses Jahr war unser erstes Jahr in der Opposition nach mehr als 20 Jahren Regierungszeit. Und die Chancen stehen nicht schlecht, dass es auch das letzte Jahr in der Opposition gewesen sein könnte! Am Ende dieses wieder ereignisreichen Jahres stehen wir in den Startlöchern, bei einer vorgezogenen Neuwahl des Landtages wieder Regierungsverantwortung für unser Schleswig-Holstein zu übernehmen.

Dass eine Neuwahl vor dem regulären Ende der Wahlzeit (eigentlich 2014) stattfinden wird, steht außer Frage, das Landesverfassungsgericht hat Ende August festgestellt, dass die jetzige Zusammensetzung des Landtages der schleswig-holsteinischen Landesverfassung widerspricht.

Nun ist es die dringende Aufgabe des Landtages, ein verfassungskonformes Wahlgesetz zu verabschieden und einen Wahltermin festzusetzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einen frühest möglichen Wahltermin, denn die jetzige schwarz-gelbe Regierung hat keine Legitimation mehr. Auch zum Wahlgesetz haben wir in Kiel unsere Hausaufgaben gemacht und unsererseits einen Vorschlag gemacht, der die verfassungsmäßige Zahl von 69 Landtagsabgeordneten einerseits einhält und gleichzeitig bei der Anzahl der Wahlkreise darauf acht gibt, dass Abgeordnete noch in der Lage sind, sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis zu kümmern. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Regierungsfaktionen über ihren Schatten springen und einem Wahltermin vor dem vom Landesverfassungsgericht als spätesten Zeitpunkt genannten 30.09.2012 zustimmen werden.

Dass die derzeitige schwarz-gelbe Regierung unserem Land nicht nur nicht gut tut, sondern die Lebensumstände in Schleswig-Holstein noch verschlechtert, haben die Menschen in diesem Jahr immer wieder erleben müssen.

Das ging bereits Anfang dieses Jahres los, als nach den verheerenden Millionenschäden an unseren Stränden durch das

Sturmtief „Daisy“ Anfang Januar durch die Regierung gerade mal 400.000 EUR landesweit für die Wiederherstellung der zerstörten Tourismusinfrastruktur bereitgestellt wurden.

Und aktuell sind dies die unerträglichen, planlosen Kürzungen und Streichungen im Doppelhaushalt 2011/2012, den Schwarz-Gelb mit seiner Einstimmigkeitsmehrheit im Landtag durchpauken will.

Die momentane Schleswig-Holsteinische Landesregierung zerstört damit Strukturen in unserem Land, die wahre Schätze sind, ehrenamtliches Engagement wird nicht mehr unterstützt, sondern vor die Wand gefahren. Vereinen und Verbänden im sozialen Bereich sowie in Umwelt- und Naturschutz wird die finanzielle Grundlage entzogen, Blinden und Sehbehinderten wird das Blindengeld gestrichen, Eltern sollen wieder für die Kosten der Schülerbeförderung aufkommen, Frauenhäuser werden geschlossen, bei der Frauenberatung läuten auch in Ostholstein die Alarmglocken, die Tourismusförderung und die Unterstützung der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) soll bis 2014 auf Null gefahren werden. Die Liste der Streichungen ist lang – mit „Spaßen“ hat all dieses nichts zu tun!

Wir haben als SPD-Landtagsfraktion eine Alternative vorgelegt:

Einen Dreiklang aus Einnahmeverbesserungen (allein durch den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Hotelübernachtungen entgehen dem Land und den Kommunen jedes Jahr 15,1 Mio. EUR), Strukturveränderungen (durch den Wegfall einer Verwaltungsebene in Schleswig-Holstein ließe sich jährlich ein zweistelliger Millionenbetrag einsparen) und sinnvolle Ausgabenreduzierungen (zum Beispiel durch den Wegfall der Subventionierung von Einzelbetrieben, für die Ausgaben in Höhe von 17 Mio. EUR vorgesehen sind). Gleichzeitig setzen wir Schwerpunkte bei Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur.

Unter dem Strich werden wir die (mit unserer Stimme) in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse einhalten.

Über den Haushalt hinaus beschäftigten mich in diesem Jahr verschiedene weitere Themen aus dem Wahlkreis heraus und aus meinen Aufgaben in den Arbeitskreisen der SPD-Landtagsfraktion.

Sowohl als Mitglied im Arbeitskreis

Finanzen als auch als ostholsteinische Abgeordnete haben ich mich im ersten Halbjahr mit aller Kraft gegen die Änderung des Sparkassengesetzes eingesetzt.

In Gesprächen, bei Aktionen und in intensiven Ausschussberatungen - auch von mir persönlich angeregt - wurde klar:

Die Öffnung in Richtung einer Privatisierung ist der falsche Weg! Die Regierung hat hier einen

Rettungsring mit einem M ü h l s t e i n v e r w e c h s e l t: Unsere Sparkassen, verlässliche Partner in der Finanz- und Wirtschaftskrise, werden geschwächt,

Kultur- und Jugendarbeit werden leiden, wenn Private auf Dividende schießen und den (Sparkassen-)Stiftungen die Mittel nicht im bisherigen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Auch EU-rechtlich ist die Öffnung des Sparkassengesetzes höchst umstritten. Die Bedenken konnten auch im umfangreichen Anhörungsverfahren vor den Ausschüssen des Landtages in Kiel nicht ausgeräumt werden!

Zum Landesentwicklungsplan: Nach viel Getöse und großem Bohei um die von den Noch-Koalitionsfraktionen propagierte „Freiheit für alle“ lag uns im Juni der neue Landesentwicklungsplan vor. Oh Wunder: Er enthielt die von SPD-Minister Lothar Hay schon am 2. März 2009 angekündigten Änderungen für die Entwicklung des Wohnungsbaus in Gemeinden, die keine Schwerpunkte sind: bis zu 15% in Ordnungsräumen und bis zu 10% in den ländlichen Räumen. Auch der Bezugspunkt für dieses Wachstum wurde - wie von Lothar Hay vorgeschlagen - auf Ende 2009 verschoben. Mehr Entwicklung war und ist immer möglich – wenn man interkommunal kooperiert. Auch das ist nicht neu. Die viel beschworene Freigabe sämtlicher Regeln – ich denke, die „Regierungsfaktionen“ sollten ganz kleine Brötchen backen! Und so gab der neue Landesentwicklungsplan durchaus Anlass für Lob aus meiner Fraktion. Das ist auch kein Wunder: Selbst Minister Schlie räum-



te ein, im Wesentlichen auf den Entwurf seines SPD-Amtsvorgängers Hay zurückgegriffen zu haben. Alles in allem können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit diesem Werk leben. Statt weiter um den Text des Landesentwicklungsplans zu streiten, sollten wir unsere Kräfte nun darauf konzentrieren, ihn zu nutzen, um unser Schleswig-Holstein in eine gute Zukunft zu bringen. Besonders wichtig ist mir die Umsetzung und rasche Nutzung der neuen Windenergieeignungsflächen. Hier muss die Teilfortschreibung der Regionalpläne schnell vorankommen. Ob dies noch die Abteilung Landesplanung im Innenministerium machen oder schon die neuen kommunalen Planungsverbände übernehmen sollen, ist für mich nicht entscheidend. Wenn allerdings die Regionalplanung in dann kreisübergrei-



fenden Planungsverbänden geschehen soll, brauchen wir dort Handlungsfähigkeit und demokratische Legitimation.

Im Oktober habe ich als wirtschaftspolitische Sprecherin für die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf für ein schleswig-holsteinisches Vergabe- und Tariftreuegesetz in den Landtag eingebracht.

Wenn die öffentliche Hand Aufträge erteilt, aus Steuermitteln, für öffentliche Infrastruktur, für Schulsanierung, Straßenbau, Rathausreinigung, dann ist es Pflicht und auch Selbstverständlichkeit, dass die Arbeiten nicht zu Dumpinglöhnen erbracht werden. Firmen bewerben sich um öffentliche Aufträge, sie verdienen damit ihr Geld und beschäftigen Menschen. Sie sind verantwortungsvoll und stellen sich einem Wettbewerb um Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde. Wir müssen verhindern, dass sich dieser Wettbewerb über Lohndumping abspielt! Das wollen wir nicht, und das will auch das Handwerk nicht.

Unser Gesetzentwurf greift Anregungen aus der Anhörung auf, die aufgrund eines vom SSW eingebrachten Gesetzentwurfes stattgefunden hat. Wir haben im Verfahren und in der Anhörung viel gelernt: Zum Beispiel, dass EU-konforme Tariftreueeregeln möglich sind - sogar im ÖPNV. Zum Beispiel, dass Tariftreueeregeln mitnichten Preistreiber sind. Zum Beispiel, dass solche Regelungen nicht nur symbolisch sind und deklaratorischen Charakter haben, sondern dass wir hier materiell-rechtlich die Welt ein kleines bisschen gerechter machen können. Zum Beispiel, dass ein Mindestlohn unser politisches Ziel bleibt und in ein Bundesgesetz gehört. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den gesetzlichen Mindestlohn. Einen Mindestlohn, der bundesweit gewährleistet, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit angemessen und ohne aufstockende staatliche Leistungen leben können. Aber: Geregelt in einem Bundesgesetz, nicht in einem Landes-Vergabegesetz.

Die derzeit noch agierende Landesregierung hat uns über ihren Entwurf eines „Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetzes“ unterrichtet. Ich frage mich, was am geltenden (und bewährten!) Mittelstandsförderungsgesetz von 2003 falsch ist und geändert werden muss. Die in den Regierungs-Eckpunkten bisher geplanten Tariftreueeregeln gehen aus meiner Sicht nicht weit genug. Immerhin ist es gut, dass die Regierung die Tariftreue überhaupt in einen Gesetzentwurf schreibt. Fehlen noch die Fraktionen von CDU und FDP. Aber: Der Anfang ist gemacht. Die Tariftreue erobert bei ihrer Rückkehr nun die Herzen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und das ist auch gut so! Denn: Am 31.12. tritt das geltende Tariftreuegesetz außer Kraft. Das wird niemand merken, denn der CDU-Wirtschaftsminister erklärte unter dem Schock des EuGH-Urteils 2008 schlichtweg unser Gesetz für nicht anwendbar. Höchste Zeit, diesen Tariftreue-losen Zustand zu ändern - und zwar nicht nur auf Landesebene, sondern auch in den Kommunen!

Meine Kleinen Anfragen im Landtag 2010:

- Leiharbeit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein

(mit dem Augenmerk auf die Situation in der AMEOS Klinik Neustadt)

- Ausamtung der Gemeinde Ascheberg aus dem Amt Großer Plöner See (und die damit verbundene Frage, wie die Gemeinde Bosau in Zukunft verwaltet werden soll)
- Bewilligung von Mutter-/Vater-Kind-Kuren (mit den Auswirkungen auf die Einrichtungen und Arbeitsplätze in unserer Region)
- Feste Fehmarnbeltquerung – Folgen für die Region

Landtagsreden 2010:

- Erdkabel
- Flughafen Lübeck-Blankensee (2)
- Vorrang für Windenergie
- Weltnaturerbe Wattenmeer
- Landesentwicklungsplan (2)
- Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien - Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben - Wertgrenzen dauerhaft anheben
- Standortbedingungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein verbessern
- Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk
- Entwurf eines schleswig-holsteinischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (eigener Gesetzentwurf)
- Marketing für das Land aus einer Hand

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, ich wünsche Euch und Euren Familien eine schöne, besinnliche und erholsame Weihnachtszeit und für das neue Jahr beruflich wie privat alles Gute. Habt ein paar schöne Tage im Kreise von Freunden und Familie mit Zeit für alles, was Euch wichtig ist.

Ich bedanke mich bei Euch für Eure Unterstützung auch im Jahr 2010, für Anregungen, Hinweise, Denkanstöße und wohlmeinende Kritik.

Lasst uns mit ganzer Kraft in das Jahr 2011 starten – damit der nächste schleswig-holsteinische Ministerpräsident wieder ein Sozialdemokrat ist! ■

Ich grüße Euch sehr herzlich,

Eure

Regina Poersch

## Krankheitsbedingt müssen wir verzichten

Natürlich habe ich auch unsere zweite Landtagsabgeordnete, Sandra Redmann gebeten, einen Jahresrückblick aus ihrer Sicht zu formulieren. Leider hat Sandra

zunächst ihre Tochter und anschließend sich selbst gesund zu pflegen. Ich reiche den Jahresrückblick von Sandra in der kommenden Ausgabe des Ostholstein-

briefes nach. Ich bitte um Verständnis. ■

Euer  
Lars Winter

## Aus dem Bundestag 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2010 war für mich als Eure Bundestagsabgeordnete wie auch als Eure stellv. SPD-Landesvorsitzende ein ereignisreiches, arbeitsreiches und turbulentes Jahr – große Herausforderungen im 1. Berliner Oppositionsjahr in Berlin als Hauptberichterstatlerin im für uns besonders brisanten Bereich für „Arbeit und Soziales“ im Haushaltsausschuss und gleichzeitig federführend im SPD-Landesvorstand in Schleswig-Holstein für den 1. Mitgliederentscheid für die Wahl des/der Spitzenkandidaten/in für die vorgezogene Landtagswahl in Schleswig-Holstein eventuell noch Ende 2011. Wenn ich auf 2010 zurückblicke wird mir dieses Jahr darum immer als ein in vielerlei Hinsicht Weichen stellendes Jahr in Erinnerung bleiben: Vor gut einem Jahr SPD-Bundes- und Landesparteitage nach schmachvollen Wahlniederlagen in Berlin wie Kiel im September 2009 und deren gründliche innerparteiliche Aufarbeitung ... und heute eine FDP, die um über 10 % in der Wählerzustimmung auf unter 5 % abgestürzt ist, eine CDU/CSU, die mit „Stuttgart 21“ und Castor-Transporten angesichts einer wiedererstarkten Anti-Atomkraft-Bewegung in ungeahnter Tragweite zu kämpfen hat, und ein Europa, das angesichts von Griechenland, Irland, Portugal, angesichts von Euro-Rettungspaketen, von uns geforderter Finanztransaktionssteuer und Massendemonstrationen gegen unsoziale Kürzungspakete aus der Balance geraten ist, Orientierung sucht – und sie in dem blassen Duo Merkel/Westerwelle mit Sicherheit nicht findet. Der konservative Premier Jean Claude Juncker aus Luxemburg, ehemaliger Chef des IWF und seit Jahren einflussreicher Vorsitzender der Euro-Gruppe, greift öffentlich die konservative Kanzlerin aus dem mächtigen Deutschland wegen ihrer mangelnden europäischen Verantwortung an ... ein solches „Erdbeben“, eine ähnliche Dissonanz im konservativen Lager hat es im Europa der Nachkriegszeit noch

nie gegeben. Schwarz-Gelb steht für mangelnde Identität in Europa – aber ebenso für fehlende Orientierung und Profilierung



in Berlin wie in Kiel. Schwarz-Gelb steht für mangelhaftes Krisenmanagement – den Menschen fehlt die zupackende Orientierung eines Peer Steinbrück, der inmitten der Bankenkrise es verstand, den Menschen Sicherheit und die Stärke und Zuversicht Deutschlands zu vermitteln. Es fehlen ein Frank-Walter Steinmeier und ein Olaf Scholz, die für Kurzarbeitergeld, Konjunkturprogramme und für die Allianz und finanzielle Unterstützung für die Kommunen in der Krise gesorgt haben. Schwarz-Gelb steht für das „Einknicken“ des Staates vor den wirtschaftlich Mächtigen – ob es die Hoteliers sind, die vier Energiemonopolisten, die Privaten Krankenversicherer und Pharmakonzerne oder ...oder...oder. Der Staat als Erfüllungsgelhilfe von Klientelinteressen anstatt als Anwalt für das Gemeinwohl – auch in Schleswig-Holstein legen CDU/FDP die Axt an die öffentlich rechtlichen Sparkassen und an das staatliche Nord-West-Lotto, obwohl die Förderung von Breitensport, Kultur und Umweltprojekten ohne die Unterstützung aus diesem Bereich im Norden

komplett zusammenbrechen würde. Die Menschen warten in diesen Zeiten auf sozialdemokratische, gerechte Antworten auf die sie drängenden Fragen, sie wollen wissen, wohin der Weg führen soll. Hier liegt die Chance der SPD – die Menschen erwarten keine Fragen von uns, sondern Antworten. Das gilt für ALLE politischen Ebenen.

Die Entscheidungen des Bundes- und Landtages unter Schwarz-Gelb haben den Menschen auch in Ostholstein 2010 eine erste „Kostprobe“ davon gegeben, was es heißt, „christlich-liberal“ regiert zu werden. In Berlin fielen in diesem Jahr die folgen-schwersten Entscheidungen in zwei Haushaltsberatungen für den Bereich „Arbeit und Soziales“ von Frau von der Leyen, in denen es im so genannten „Sparpaket“ bis 2014 über 30 Milliarden Euro (!) Kürzungen geben wird, die das Gesicht dieser Republik zu Lasten von jüngeren wie älteren Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden mit ihren Kindern, Menschen mit Handicaps und Migranten erheblich verändern werden. Da werden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik in den JobCentern schon 2011 um 2 Mrd. € gekürzt – aber diese Kürzung verdoppelt sich schon 2012 auf 4 Mrd. € und vervielfacht sich 2013 und 2014 auf je 5 Mrd. € - da fällt das „Fördern“ weg und es bleibt nur das „Fordern“ übrig. Es fällt das bisher zu Recht gewährte Übergangsgeld für Langzeitarbeitslose ebenso ersatzlos weg wie das Elterngeld für Frauen im ALG-II-Bezug – damit verlieren ausgerechnet Familien ohne jedes finanzielle „Polster“ mit ihren Neugeborenen 3.600 € pro Jahr! Die Streichung des Heizkostenzuschusses trifft Familien wie Rentner am Existenzminimum angesichts eines besonders harten Winters sprichwörtlich eiskalt. Allein in Schleswig-Holstein fehlen bis 2014 im Budget der JobCenter sowie im Portemonnaie der Betroffenen im Schnitt 125 Mio. € pro Jahr – diesen Kaufkraftverlust können wir uns volkswirtschaftlich gar nicht leisten. Au-

Berdem fehlen für die Qualifizierung und Vermittlung von Kurzarbeitslosen bei der Bundesagentur für Arbeit weitere 350 Mio. € bis 2014 - also insgesamt die schier unglaubliche Summe von 850 Mio. € innerhalb von nur vier Jahren. Übrigens: im reichen Bayern und Baden-Württemberg wird vom Bund pro Kopf nur halb so viel gekürzt wie in Schleswig-Holstein – im armen Mecklenburg-Vorpommern hingegen glatt doppelt so radikal. Sozial gerecht geht anders. Da kann die schwarzgelbe Landesregierung noch so sehr von „Haushaltskonsolidierung“ und den 80 Mio. € pro Jahr schwadronieren, die das Land gönnerhaft vom Bund für „braves Anti-Schuldenverhalten“ im Zuge der Schuldenbremse erhalten soll ... gegen dieses Spardiktat aus dem von-der-Leyen-Etat aus Berlin ist jede Kieler Sparbemühung eine Farce. Und wenn man dann noch bedenkt, dass die Zustimmung der Kieler Landesregierung zum so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit der „Hoteliere-Entlastungssteuer“ dem Land Schleswig-Holstein ein fettes Minus von 130 Mio. € pro Jahr beschert... wie viel gute Bildungspolitik hätten wir für das Geld machen können, wie viele gebührenfreie Kita-Jahre, wie viel Ganztagschulen, wie viel Uni-Förderung...

Es ist ein Lichtblick, dass es der SPD wegen ihrer Zustimmungspflicht zur Verfassungsänderung gelungen ist dafür zu sorgen, dass bei der anstehenden JobCenterreform weiterhin die „Hilfe aus einer Hand“ für Langzeitarbeitslose in nur einer zuständigen Behörde – und damit das Modell der ARGE Ostholstein als Regelfall – erhalten bleiben konnte. Allerdings stehen wir dafür, dass diese „Hilfe aus einer Hand“ nicht leer ist. Die SPD hat erfolgreich dafür gekämpft, dass ein guter Mitarbeiterschlüssel zur Qualitätssicherung bei der Betreuung fest fixiert wurde. Wir haben dafür gesorgt, dass 900 Mio. € Weiterbildungsmittel und 3.200 Stellen in den JobCentern – von Schwarz-Gelb gesperrt – frei gegeben wurde. Für uns steht der Hilfe suchende Mensch im Mittelpunkt.

Völlig klar ist: Die SPD steht zur Schuldenbremse. Die wirkliche Frage ist nicht, OB gespart werden muss - sondern WIE und WO. Und die Frage ist, ob wir für die Sicherstellung unserer Aufgaben für die Menschen im Bereich Bildung und

Sicherung von Gesundheitsfürsorge, Pflege, Qualifizierung für Arbeit und Rente/Pensionen nicht MEHR Steuern von denjenigen mit den „breiten Schultern“ brauchen als weniger.

Die Arbeits- und Sozialpolitiker von Bund und Ländern verhandeln in Berlin noch bis zum Jahreswechsel: Das Verfassungsgericht hat die Politik in einem weit reichenden Urteil dazu gezwungen, bis Ende 2010 die Regelsätze für Hartz IV-Empfänger nachvollziehbar zu überprüfen und insbesondere die Bedarfe der Kinder aus diesen Familien neu fest zu legen – vor allem müssen benachteiligte Kinder einen verbesserten Bildungszugang erhalten, was wir eigentlich seit PISA wissen. Entscheidend ist NICHT die vordergründige Frage von fünf Euro mehr oder weniger - entscheidend ist vielmehr, mit welchem Schulangebot der Teufelskreis der „vererbten“ Langzeitarbeitslosigkeit an Kinder und Kindeskindern endlich durchbrochen werden kann - es geht um mehr und bessere Ganztagschulen inklusive der notwendigen Sozialpädagogen und Schulpsychologen, die sich keine Kommune ohne Unterstützung des Bundes wird „leisten“ können ... vor allem aber geht es um die Chancen der Kinder, darum, ihre Talente zu wecken, weil unsere Gesellschaft jeden einzelnen von ihnen dringend braucht.

Natürlich haben auch andere Themen in Berlin im Mittelpunkt gestanden – vor allem die umstrittene Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung. Aus der Brücke wurde ein Tunnel, aus dem (geplanten) Eröffnungstermin 2018 mindestens 2020/2021, aus 300 Mio. € erforderlichen Steuergeldern in den nächsten Jahren mindestens die doppelte Summe, während die EU-Zuschüsse für Dänemark wegbrachen und deren Planungskosten explodierten. Der Bundesrechnungshof behält das Projekt Dank des von mir initiierten Beschlusses des Berliner Rechnungsprüfungsausschusses auch künftig „im Blick“ und wird die nächsten 5 Jahren kontinuierlich ein „Kostencontrolling“ anstrengen und öffentlich bewerten – das ist quasi das, was bei „Stuttgart 21“ eben gerade NICHT passiert ist und was den Beltquerungskritikern helfen wird, fortwährend neue „Munition“ für ihr Engagement – auch später vor Gericht – zu erhalten. Die Bürgerinitiativen formierten

sich 2010 mit großem Sachverstand gut vernetzt quer durch Ostholstein und finden inzwischen in seriösen Zeitungen, Funk und Fernsehen zunehmend Gehör ... nur die Befürworter behaupteten trotzdem: der „Ausstiegsartikel“ im Staatsvertrag sei angeblich ohne Belang. Aber das ist falsch – wir sind noch lange nicht „am Ende der Fahnenstange“ und „Stuttgart 21“ belehrt die politischen Betonköpfe aktuell eines besseren. Dass wir für Ostholstein gemeinsam mit allen kritisch gesonnenen Verbänden und Kommunen ein Raumordnungsverfahren für die Hinterlandanbindung erreicht haben, ist ein großer Erfolg, der die Planer nicht nur 2 Jahre Zeit kostet, sondern vor allem den Menschen der Region helfen wird, ihre berechtigten Interessen durchzusetzen.

Weitere katastrophale Weichenstellung in Berlin will ich noch zu zwei wichtigen Punkten erwähnen – die Liste ließe sich ellenlang fortsetzen: die schwarzgelbe „Gesundheitsreform“ mit Beitragserhöhungen künftig nur zu Lasten der gesetzlich Versicherten, mit der Deckelung der Arbeitgeberbeiträge und der massiven Öffnung der Privaten Krankenversicherung für Gutverdiener sowie die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken, verabredet in Hinterzimmern – gemeinsam habe ich mit vielen im April sowohl zwischen Krümmel und Brockdorf die 120 km lange Menschenkette gebildet wie auch in Berlin protestiert: und dieser Protest geht weiter bis die Beschlüsse politisch zurückgenommen sind. Schwarz-Gelb hat es 2010 geschafft, gesellschaftlich längst gefundene Kompromisse mit dem Dampfhammer zu zerstören.

Das SPD-Kandidatenfindungsverfahren für die nächste Landtagswahl entpuppt sich derweil als „Erfolgsstory“ - die extrem hohe Gästezahl bei den 16 öffentlichen Mitgliederversammlungen in den Kreisen lassen darauf hindeuten, dass dies genau der richtige Weg ist, um den von allen Sozialdemokraten getragenen Kandidaten zu nominieren und gestärkt und gemeinsam in den kommenden Wahlkampf zu ziehen – das wünsche ich uns! Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2011! ■

Eure Bettina

## Rückblick und Ausblick, die SPD-Ostholstein - politisch vorweg

Der Vorstand der SPD-Ostholstein hat seinen bereits im letzten Jahr eingeschlagenen Weg fortgesetzt und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Vereinen und Verbänden gesucht. In den allmonatlichen Vorstandssitzung haben wir unterschiedliche Gruppen und Gruppierungen eingeladen, um mit ihnen über die aktuelle politische Lage aber auch um über ihre persönliche Situation und Probleme zu sprechen. Dabei ging es um Themen wie das freiwillige ökologische Jahr, die Bildungs- und die Europapolitik im Allgemeinen und die Fischereipolitik im Besonderen. Wir trafen uns mit

Schnittstelle zwischen dem Kreisvorstand und den Ortsvereinen und insbesondere den Fraktionen.

Auch bei den Arbeitsgemeinschaften können wir Erfolge vermelden. Die AG-60plus ist unter der exzellenten Führung von Alfred Welack so aktiv wie eh und je. Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) hat ihren Arbeitsrhythmus gefunden und ist sehr effektiv. Viele Projekte haben unsere Frauen in diesem Jahr initiiert. Ihre Vernetzung zu anderen Gruppen ist hervorragend, was sich unter anderem bei dem Projekt zum eigenbestimmten Leben, der Forde-

selbst Ausrichter von Veranstaltungen. Mit der Totsparreraktion in Bad Schwartau und dem Fässerrollen gegen Atomkraft in Eutin haben sie für viel Aufmerksamkeit gesorgt.

Neben den Veranstaltungen und Aktionen der Arbeitsgemeinschaften hat die SPD-Ostholstein selbst Veranstaltungen begleitet. So waren wir ein Teil der Menschenkette an der Westküste zwischen Brunsbüttel und Krümmel. Dazu charterten der Kreisverband und unsere Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn gemeinsam einen Bus und haben uns unter die 120.000 Demonstranten gemischt. Neben dem eigentlichen Erfolg dieser Aktion hat mich gefreut, dass wir gemeinsam mit dem BUND und der Gruppe „ausgestrahlt“ sehr gut zusammen gearbeitet haben. Mit den gleichen Partnern beteiligten wir uns dann noch an der Aktion der Umzingelung des Regierungssitzes in Berlin. Hier wurde gegen die schamlose Lobbypolitik der Bundesregierung für die Stromkonzerne demonstriert. Doch auch Parteiveranstaltungen haben wir tatkräftig begleitet. Für den alljährlichen Familiensommer der SPD Schleswig-Holstein im Erlebniswald Trappenkamp orderten wir mit Bettina Hagedorn wieder einen Bus, mit dem wir Familien aus Ostholstein den kostenlosen Transfer und Besuch ermöglichten.



unseren Genossinnen und Genossen aus Lübeck und Stormarn oder besuchten die KZ Gedenkstätte in Ahrensböök. Probleme unseres Kreisverbandes wurden ebenfalls betrachtet. So haben wir uns berichten lassen, wie andere Kreisverbände das Problem des Mitgliederschwunds angehen und welche Aktionen sie durchführen um dem entgegen zu wirken. Leider konnten wir das geplante Gespräch mit der Türkischen Gemeinde nicht durchführen. Einmal ergaben sich Termenschwierigkeiten und im November hat uns das Wetter einen Strich durch die Rechnung gemacht. In unserer Klausursitzung veränderten wir die innere Struktur des Kreisvorstandes. Wir bildeten interne Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppe Lebensraum kümmert sich um die Themen Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Arbeitsmarkt, Verbraucherschutz, Umwelt und Natur. Die Arbeitsgruppe Gesellschaft um die Themen Bildung, Soziales, Familie, Frauen, Jugend, Gleichstellung, Migration und Kultur. Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik dient als

Grundlage zur Einrichtung eines Fonds für die Schwangerschaftsverhütung bei Hartz IV-Empfängerinnen gezeigt hat. In diesem Jahr konnten wir die Arbeitsgemeinschaften AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) und AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildungswesen) wiederbeleben. Die AfA hat in Gesprächsrunden mit der Sparkasse Holstein zum Sparkassengesetz und mit der Arbeitsagentur zum Thema Sicherung der Arbeitsplätze im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung punkten können. Die AfB hat die Nähe zu den Schul- und Kindergartenelternbeiräten gesucht. Mit ihnen sowie mit LehrerInnen und ErzieherInnen wurde die Entwicklung in Schleswig-Holstein auf dem Bildungssektor diskutiert. Hieraus resultieren Anträge für den Landesparteitag und Material für die Bildungsarbeitsgruppe im Rahmen der Sitzungen des Landesparteirates. Die Jusos konnten ihre Struktur festigen und sich in Schleswig-Holstein vernetzen. Sie waren nicht nur TeilnehmerInnen bei Veranstaltungen der Landesjusos sondern auch

Politisch haben wir uns in der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie auch einen Namen gemacht. Unsere starke Präsenz in den Sitzungen der Kreisvorsitzenden, des Landesparteirates und der Landesparteitage sowie der eingerichteten Arbeitsgruppen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Unser Antrag, die Landespartei von der bisherigen Befürwortung der festen Fehmarnbeltquerung weg zu führen und dem Beschluss der SPD-Ostholstein zu folgen und ein „Nein, aber“ zu propagieren, ist einen erheblichen Schritt weiter gekommen. Bislang haben die Landesparteitage unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Nicht zuletzt auf dem Landesparteitag in Neumünster im Februar des Jahres. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Umweltforum, der Landtagsfraktion und der SPD-Ostholstein, unter dem Dach des Landesparteirates einzurichten und einen Beschlussvorschlag für den Landesparteitag im September zu erarbeiten. Der Landesparteitag im September ist

dem Beschlussvorschlag gefolgt. Somit sind bis zum April 2011 vielfältige Fragen von der Bundes- und Landtagsfraktion an die Regierenden und weitere Fachleute zu stellen. Können diese Fragen nicht erschöpfend oder ausreichend beantwortet werden, wird sich das Meinungsbild der SPD Schleswig-Holstein ändern. Ein großer Erfolg, so weit zu kommen.

Doch auch weitere Anträge aus unserem Kreisverband zum Thema Bildung, Finanzen und Soziales beschäftigten die Gremien der Landespartei. Alle Anträge fanden Eingang in die Beratungsgremien der Bundes- und Landtagsfraktion sowie des Landesvorstands.

In diesem Jahr hat uns natürlich auch die Besetzung des Spitzenplatzes zur kommenden Landtagswahl beschäftigt. Eine Kandidatin und drei Kandidaten werben für sich. Am 11. November fand die öffentliche Mitgliederversammlung dazu in Lensahn statt. Mit mehr als 350 Besucherinnen und Besuchern war es eine erfolgreiche Veranstaltung.

Die Mitglieder des Kreisvorstands haben versucht, möglichst viele Veranstaltungen der Ortsvereine zu besuchen. Ich selbst habe die SPD in diesem Jahr bei 100 Veranstaltungen vertreten. Dabei habe ich mehr als 5.000 Kilometer zurückgelegt. So wie mir, geht es meinen Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Habt bitte Verständnis, dass wir nicht alle Veranstaltungen besuchen konnten.

Nun noch ein Ausblick für 2011. Innerparteilich steht im Februar oder im März die Entscheidung über die Besetzung des Spitzenplatzes zur kommenden Landtagswahl an. Erstmals in der Geschichte der SPD Schleswig-Holstein wird eine Art Mitgliederentscheid über die Frau oder den Mann entscheiden. Auf dem kommenden Landesparteitag im April 2011 in Husum wird der Landesvorstand komplett neu gewählt. Dann steht wohl auch der Wahltermin fest. Die SPD fordert den 13.11.2011 als Wahltermin. Wird sie sich

durchsetzen können? Die Frage der Anzahl der Wahlkreise wird bis dahin auch geklärt sein. In meinen vielen Gesprächen in den Ortsvereinen höre ich unterschiedliche Positionen. Einmal wird vorgeschlagen, die Wahlkreise auf 30 zu reduzieren, weil die Wählerinnen und Wähler mit einer Verkleinerung des Landtages Kosten



sparen wollen. Dann wird wieder darauf hingewiesen, dass die Arbeit in zu großen Wahlkreisen nicht zu organisieren ist und eine Reduzierung der Wahlkreise auf 35 ausreicht. Die SPD hat dies nicht allein zu entscheiden. Sie ist in Gesprächen mit den anderen Fraktionen im Landtag. Es bleibt das Ergebnis abzuwarten.

Im Vorfeld des Landesparteitags werden wir unseren ordentlichen Kreisparteitag abhalten. Er wird entweder Ende Februar oder Anfang März 2011 stattfinden. Bei Redaktionsschluss war dies noch nicht bekannt. Auch wir wählen unseren Kreisvorstand neu. Bekannt ist, dass wir zumindest eine stellvertretende Kreisvorsitzende suchen, da Annette Schlichter-Schenck nicht mehr zur Verfügung steht. Sie ist als Beisitzerin in den Landesvorstand der AsF gewählt worden und kann beide Mandate nicht ausfüllen, da sie ja auch in der Kreisfraktion als schulpolitische Sprecherin und als Fraktionsvorsitzende in Oldenburg tätig ist. Weiterhin benötigen wir eine/n neue/n SchatzmeisterIn. Elisabeth Lübker ist dienstlich sehr stark eingebunden und

soll bald mehr Verantwortung im Vorstand und in der Fraktion in Kellenhusen übernehmen. Ich bedaure das Ausscheiden der beiden sehr, kann ihre Schritte aber verstehen. Unser Schriftführer Rudolf Dübe wird den Kreisvorstand ebenfalls verlassen. Mir zuliebe hat er den Übergang von Manfred Jaegers Führungszeit zu meiner

noch mitgemacht. Doch nun möchte er sein Amt zur Verfügung stellen. Ich danke Annette, Elisabeth und Rudolf sehr für ihre Arbeit und die Ratschläge, die ich immer von ihnen abfordern konnte. Ich rufe also alle Genossinnen und Genossen auf, die eine dieser Positionen bekleiden oder als Beisitzerin oder Beisitzer im Kreisvorstand mitarbeiten möchten, ihre Bewerbung abzugeben.

Politisch müssen wir uns weiter für unsere Herzensthemen einsetzen: kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zum Erststudium, Gerechtigkeit auf dem sozialen Sektor, einsteigen für menschenwürdige Arbeit und Arbeitseinkommen, ein Ende der Atomkraft vorantreiben und die CO<sup>2</sup>-Speicherung verhindern. Energisch gegen die feste Fehmarnbeltquerung kämpfen und damit die Hinterlandanbindung die unseren Kreis zerschneiden wird, verhindern. Es gibt viel zu tun. Macht mit, beteiligt euch, es lohnt sich. ■

Euer  
Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Willy Brandts Witz

Ein Wahlredner kommt in Fahrt und lässt sich mit Versprechen nicht lumpen: Wenn wir gewinnen, bekommt ihr einen Sportplatz. - Beifall. - Und eine neue Kindertagesstätte bekommt ihr auch. - Beifall. - Und die neue Brücke wird gebaut. - Aber wir haben doch gar keinen Fluss. - Dann kriegt ihr auch den Fluss!



## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter